

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

am Mittwoch, dem 06.07.2016

Beginn: 17.31 Uhr

Ende: 19.47 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Hauke Hahn

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Michael Schaarschmidt
Frau Sabine Krebs
Herr Karsten Schröder ab 17.39 h, TOP 8
Herr Wolf-Werner Haake
Herr Klaus Grassau
Herr Andreas Kluckhuhn ab 17:39 h, TOP 8

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Torben Delfs
Herr Klaus-Peter Voigt
Herr Horst Lingelbach

außerdem anwesend

2 Vertreter der Presse bis 19.47 h, TOP 25
Herr Hartmut Florian bis 19.12 h, TOP 17
Herr Jens Ahrens bis 18.18 h, TOP 13

von der Verwaltung

Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Fachdienstleiter 20	Herr Hans-Günter Szislo
Fachdienstleiter Rechnungsprüfung	Herr Dieter Koeppen
Personalrat	Herr Georg Müller
Fachdienstleiterin 40	Frau Gabriele Bartelheimer bis 18.00 h, TOP 11
Fachdienstleiter 51	Herr Jörg Asmussen bis 18.59 h, TOP 16
Fachdienstleiter 60	Herr Ralf-Josef Schnittker
Fachdienstleiterin 61	Frau Ute Spieler bis 19.02 h, TOP 16
Fachdienst 10	Herr Halkard Krause
Fachdienst 53	Herr Joachim Hucke
Fachdienst 12	Herr Thorben Pries bis 18.18 h, TOP 13
Fachdienst 60	Frau Sabine Schilf bis 19.01 h, TOP 16
Fachdienst 20	Herr Marco Thies
Fachdienst 20	Herr Marc Neumann
Fachdienst 20	Herr Daniel Lawrenz
Fachdienst 20	Herr Jörg Voß
Fachdienst 20	Herr Peter Braun

Protokollführerin

Frau Jasmin Suhr

entschuldigt abwesend:

Herr Frank Matthiesen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 06.07.2016
4. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.06.2016
5. Information über die am 01.06.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde
7. Anträge und Anfragen
8. Beschluss zur Vorlage 0252/2013 vom 16.02.2016
Antrag der SPD vom 27.01.2016 "Deutsch für Alle"
hier: Sachstandsmitteilung
Vorlage: 0373/2013/MV
9. Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der AWO Schleswig-HolsteingGmbH über die Schwangerschaftskonfliktberatung der Beratungsstelle "Pro Familia"
Vorlage: 0717/2013/DS
10. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Vorlage: 0732/2013/DS
11. Stellenbedarf im FD 60 für Betreuung des neu beschlossenen Bau- und Vergabeausschusses
Vorlage: 0757/2013/DS
12. Beantragung einer Förderung für das Klimaschutzmanagement
Vorlage: 0745/2013/DS
13. Abschlussbericht zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Planungsraum II
Vorlage: 0759/2013/DS
14. Sanierungsgebiet und Gebiet des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" Vicelinviertel
Anscharstraße 8 / 10
- Erneuerung und Umnutzung des Gebäudes für eine Kinder- und Jugendeinrichtung sowie für die Nutzung durch Unternehmen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 0752/2013/DS
15. Schulkindbetreuung - hier: Aufbau einer Hortgruppe in Gadeland
Vorlage: 0769/2013/DS

16. Jahresabschluss und Lagebericht 2013 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung
Vorlage: 0734/2013/DS
17. Vorläufiger Gesamtabchluss 2014
Vorlage: 0371/2013/MV
18. Vorläufiger Jahresabschluss 2015
Vorlage: 0372/2013/MV
19. Aufnahme von Kassenkrediten gemäß § 95 i der Gemeindeordnung (GO)
Vorlage: 0735/2013/DS
20. Einführung eines Zentralen Forderungsmanagements im Fachdienst Haushalt und Finanzen (20)
Vorlage: 0736/2013/DS
21. Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2016
Vorlage: 0369/2013/MV
22. Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite
Vorlage: 0378/2013/MV
23. Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2016 (Deckenerneuerungsmaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen)
Vorlage: 0737/2013/DS
24. Dringliche Vorlagen
25. Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Ausschussvorsitzende Herr Hahn eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es wird Frau Suhr vorgestellt und Herr Krause verabschiedet.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die in der Einladung vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte ab TOP 26 sind unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 06.07.2016
-----	--

Zu TOP 15 war ein Vortrag von Frau Meyer von der Wirtschaftsagentur Neumünster geplant gewesen, welche ihren Vortrag jedoch zwischenzeitlich abgesagt hat. Aufgrund dieser Tatsache hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Dringlichkeitsvorlage – Drucksache 0769/2013/DS, Schulkindbetreuung – hier: Aufbau einer Hortgruppe in Gadeland – unter TOP 15 im öffentlichen Teil zu beraten.

Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände, der Ausschussvorsitzende lässt über die Tagesordnung in der geänderten Form abstimmen.

Beschluss:

Dem Vorschlag wird mit 8 Ja – Stimmen einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

4 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.06.2016
-----	---

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2016.

5 .	Information über die am 01.06.2016 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Am 01.06.2016 wurden folgende Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst:

Zu TOP 17 (0710/2013/DS) Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages für den Tennis- und Hockey-Club Neumünster e. V.:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

7 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es werden keine Anträge oder Anfragen gestellt.

8 .	Beschluss zur Vorlage 0252/2013 vom 16.02.2016 Antrag der SPD vom 27.01.2016 "Deutsch für Alle" hier: Sachstandsmitteilung Vorlage: 0373/2013/MV
-----	---

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Delfs das Wort. Herr Delfs fragt nach der Berechnung der Kosten für die Sprach-Tests. Herr Pries erläutert, dass es sich bei den Kosten um durch die VHS mitgeteilte Preise handelt.

Herr Lingelbach äußert sich zu den bereits rückläufigen Flüchtlingszahlen. Herr Pries antwortet, dass die Kostenberechnungen auf den Ende 2015 vorliegenden Flüchtlingszahlen basieren, die Prognose für 2017 jedoch um 30 % reduziert worden ist. Im Hinblick auf die geopolitische Gesamtsituation sind Prognosen schwer zu erstellen.

Weiterhin gibt Herr Pries Antworten auf Nachfragen bezüglich der Mittelverwendung der Integrationspauschale, der Ausschreibung von den Sprachkursen und anderer integrativen Maßnahmen von Herrn Voigt, Herrn Hahn und Herrn Schröder. Die Verwendung der Mittel und die Vertragsgestaltung soll dabei so flexibel wie möglich gehalten werden.

Abschließend erwähnt Herr Hahn, dass er die vorausgesagten 1.000 Flüchtlinge pro Jahr, als zu hoch kalkuliert empfindet.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 .	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der AWO Schleswig-Holstein gGmbH über die Schwangerschaftskonfliktberatung der Beratungsstelle "Pro Familia" Vorlage: 0717/2013/DS
-----	---

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

10 .	Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Vorlage: 0732/2013/DS
------	---

In der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses vom 30.06.2016 wurde zu dieser Vorlage ein Änderungsantrag gestellt. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt. Auch die ursprüngliche Vorlage wurde abgelehnt.

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf. Die Anmerkungen von Herrn Delfs werden von Herrn Schnittker zur Kenntnis genommen.

Von Herrn Dörflinger werden die Fragen von Herrn Schaarschmidt zur zeitlichen Umsetzung beantwortet.

Herr Kluckhuhn weist darauf hin, dass die SPD in der Ratsversammlung einen Änderungsantrag stellen möchte, in dem es um die Frage geht, ob die in der Vorlage genannten Maßnahmen so beschlossen werden können oder ob andere Vorhaben eine höhere Priorität haben. Er möchte im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss keinen Änderungsantrag stellen.

Nachfragen von Herrn Schröder zur Finanzierung und zur offenen Ganztagsbetreuung beantworten Herr Dörflinger und Herr Schnittker mit dem Hinweis auf restriktive Richtlinien, die Maßgaben der energetischen Sanierung und die Förderfähigkeit.

Herr Schnittker weist auf die Möglichkeit der Einzelabstimmung der Vorlagenpunkte hin und regt eine getrennte Abstimmung an.

Weiterhin erfragt Herr Schröder, ob es für den Schulneubau noch andere –über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz hinausgehende- Fördermöglichkeiten gibt. Diese gibt es aus Sicht von Herrn Dörflinger, Frau Spieler und Frau Bartelheimer nicht. Herr Schröder bittet um Prüfung durch die Verwaltung, ob für den Schulneubau andere Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 2:

JA-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 2

Punkt 3:

JA-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 3

Punkt 4:

JA-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 2

11 .	Stellenbedarf im FD 60 für Betreuung des neu beschlossenen Bau- und Vergabeausschusses Vorlage: 0757/2013/DS
------	---

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Delfs das Wort. Dieser stellt die Frage, warum ein zusätzlicher Personalbedarf -gerade im Hinblick auf die sich nicht ändernde Anzahl der Vorlagen- erforderlich ist. Herr Schnittker führt aus, dass es sich um einen neuen Aufgabenbereich handelt, der eine erhebliche Anzahl von Vergabevorlagen betreuen muss. Zudem werden einige Vorlagen doppelt beraten werden. Dementsprechend werden auch die Organisation, die Einladungen und die Protokolle durch den neuen zu betreuenden Ausschuss zu erfolgen haben. Herr Schröder äußert den Hinweis, dass es sich bei der Vergabe um eine aufwendige Angelegenheit handelt und demnach 20 Stunden als angemessen eingeschätzt werden können.

Zudem meldet sich Herr Müller zu Wort, der verdeutlicht, dass es sich bei der Betreuung des Bau- und Vergabeausschusses um eine zusätzliche Aufgabe handelt, die nicht zusätzlich vom bereits vorhandenen Personal abgedeckt werden kann. Des Weiteren soll nach Auskunft von Herrn Müller nach einem Jahr überprüft werden, ob die angesetzten 20 Stunden als ausreichend angesehen werden können.

Auch Herr Voigt und Kluckhuhn äußern sich zu dem neu beschlossenen Bau- und Vergabeausschuss. Letzterer erachtet den Personalbedarf als nachvollziehbar, sieht aber noch erheblichen Beratungs-, Informations- und Diskussionsbedarf und hält die Vorlage für unzureichend begründet.

Abschließend betont Herr Hahn die Tatsache, dass die Einrichtung eines Bau- und Vergabeausschusses von der Ratsversammlung beschlossen wurde und die Betreuung des Ausschusses nicht zusätzlich vom bereits vorhandenen Personal abgewickelt werden kann.

Herr Hahn bittet um Abstimmung über die Vorlage.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 2

12 .	Beantragung einer Förderung für das Klimaschutzmanagement Vorlage: 0745/2013/DS
------	--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

13 .	Abschlussbericht zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK) für den Planungsraum II Vorlage: 0759/2013/DS
------	---

Nach Aufruf der Vorlage durch Herrn Hahn und Verweis auf die Nachsendung erhält Herr Schaarschmidt das Wort, welcher nach inhaltlichen Abgrenzungen der Begrifflichkeiten Logistik, Produktion und Industrie in Bezug auf den Gewerbepark Eichhof und das Gewerbegebiet Süd fragt. Frau Spieler und Herr Hahn führen aus, dass bei den Begrifflichkeiten wenige Abgrenzungsmerkmale bestehen.

Herr Schaarschmidt liest im Anschluss einen Ergänzungsantrag vor, der den Punkt Nr. 2 wie folgt ergänzen soll: „Die Kooperationspartner des Planungsraums 2 werden darauf hingewiesen, dass die Stadt Neumünster als Mitglied von »NordGate« (REK südliche A7) sowie der Metropolregion Hamburg dort ebenfalls gemeinsame Handlungsempfehlungen beschlossen hat bzw. weiter verfolgt. Die Stadt Neumünster ist bemüht, mögliche Interessenkonflikte aus der Mitgliedschaft des Planungsraums II, der Standort-Kooperation »NordGate« sowie der Metropolregion Hamburg zu vermeiden. Sollten solche Interessenkonflikte eintreten, sieht sich die Stadt frei, den für sie besten Weg zu wählen.“

Herr Hahn lässt über die Vorlage und den Ergänzungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Vorlage wird in der geänderten Version einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis Ergänzungsantrag:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis Vorlage in der geänderten Version:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

14 .	Sanierungsgebiet und Gebiet des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" Vicelinviertel Ansharstraße 8 / 10 - Erneuerung und Umnutzung des Gebäudes für eine Kinder- und Jugendeinrichtung sowie für die Nutzung durch Unternehmen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft Vorlage: 0752/2013/DS
------	---

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung vom 28.06.2016 angeregt, die Beratungsfolge um den Schul-, Kultur- und Sportausschuss zu erweitern. Ferner hat Ratsfrau Dannheiser einen umfangreichen Fragenkatalog angekündigt, der dem Fachdienst 61 rechtzeitig vor dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zugehen soll.

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf und stellt Frau Schilf vor, welche für Fragen zur Verfügung steht.

Im Anschluss erteilt Herr Hahn Herrn Grassau das Wort, welcher folgenden Änderungsantrag stellt:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, wirtschaftlich vertretbare Alternativen für die beabsichtigte Nutzung durch Kinder und Jugendliche zu finden.
2. Das in der Drucksache beschriebene Projekt wird so zurzeit nicht weiter verfolgt.“

Es erfolgt eine inhaltliche Diskussion zu dem Konzept, den entstehenden Kosten und der Möglichkeit der Sichtung einer wirtschaftlich vertretbaren Alternative für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Nachfragen von Herrn Grassau, Herrn Hahn, Herrn Schaar-schmidt und Herrn Schröder werden von Frau Schilf beantwortet.

Es geht dabei um u. a. die erhöhten Kosten für die Erneuerung und Umnutzung des Gebäudes in Höhe von über 3.000 €/m². Frau Schilf führt aus, dass diese Kosten nur die Hauptnutzflächen betreffen und es Projekte gibt, die vergleichsweise teuer sind. Die Gesamtimmobilie muss hier gesehen werden. Da das erste Konzept keine Brandschutz-, Lärmschutz- und Lüftungsaspekte enthielt, sind nach Aussage von Frau Schilf im zweiten Konzept höhere Kosten ausgewiesen. Sie geht von einer zukunftssicheren Investition und einer Nutzungsdauer von mind. 25 Jahren aus.

Die weiteren Fragen von Herrn Schröder und Herrn Hahn zu den Städtebaufördermitteln werden ebenfalls beantwortet.

Herr Kluckhuhn und Herr Voigt machen deutlich, dass die Realisierung des Projektes im Stadtteil „Vielinviertel“ erfolgen sollte. Herr Delfs äußert sich noch einmal zu den Kosten.

Herr Hahn fragt, ob es sich bei den beiden unterschiedlichen Konzepten um das gleiche Planungsbüro handelt. Dies verneint Frau Schilf.

Für eine wirtschaftlichere Alternative, ggf. auch an einem anderen Standort spricht sich Herr Lingelbach aus.

Nach einer zusammenfassenden Darstellung durch Herrn Hahn bittet Frau Krebs um getrennte Abstimmung der Einzelpunkte des Änderungsantrages.

Nach den Abstimmungen über den Änderungsantrag wurde über die Vorlage nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

Dem Änderungsantrag wird im Punkt 1 zugestimmt. Der Punkt 2 hingegen wird abgelehnt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Punkt 1:

JA-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 1

Punkt 2:

JA-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 4

15 .	Schulkindbetreuung - hier: Aufbau einer Hortgruppe in Gadeland Vorlage: 0769/2013/DS
------	---

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

16 .	Jahresabschluss und Lagebericht 2013 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0734/2013/DS
------	---

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Koeppen das Wort. Dieser erläutert Positionen aus dem Jahresabschluss und betont den erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 1,36 Millionen. Das bestehende strukturelle Defizit wurde durch die Fehlbezugszuweisung und die Konsolidierungshilfe des Landes ausgeglichen. Die Erträge und das Eigenkapital haben sich erhöht.

Der Prüfbericht für 2014 ist bereits fertig und wird in der nächsten Ausschusssitzung vorliegen.

Herr Schröder erkundigt sich nach dem Prüfbericht für das Jahr 2015. Herr Koeppen versichert daraufhin, dass dieser noch im Jahre 2016 fertiggestellt wird.

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

17 .	Vorläufiger Gesamtabschluss 2014 Vorlage: 0371/2013/MV
------	---

Aufgrund des Vorschlages von Herrn Hahn und der darauf folgenden Zustimmung durch den Ausschuss werden TOP 17 und 18 gemeinsam besprochen.

Herr Braun hält einen Vortrag zum Thema Gesamtabschluss. Er beantwortet Fragen von Herrn Grassau, Herrn Hahn, Herrn Schröder, Herrn Voigt, Herrn Kluckhuhn und Herrn Schaarschmidt und erläutert was der Gesamtabschluss ist und welche Arbeitsschritte für die Aufstellung eines Gesamtabschlusses notwendig sind. Herr Hahn dankt Herrn Braun für den Vortrag.

Herr Voigt stellt die Frage, ob die stadtangehörigen Gesellschaften zudem auch noch einen einzelnen internen Abschluss erstellen müssen. Dies bestätigt Herr Braun.

Herr Koeppen bestätigt auf Nachfrage von Herrn Hahn, dass der Gesamtabschluss auch Gegenstand einer Rechnungsprüfung ist. Es ist seitens des RPA jedoch noch keine zeitliche Einschätzung möglich, wann die Prüfung erfolgen kann.

Herr Schröder stellt die Frage nach dem personellen Aufwand für die Erstellung eines Gesamtabschlusses. Hieraufhin erklärt Herr Braun, dass für die erstmalige Erstellung des Gesamtabschlusses und die grundlegenden Arbeiten 10 Stunden wöchentlich durch einen Projektauftrag gewährt worden sind. Nach seiner Einschätzung wird diese Stundenanzahl auch weiterhin benötigt, da regelmäßig Saldenabstimmungen mit den Tochtergesellschaften zu erfolgen haben.

Ferner fragt Herr Hahn Herrn Koeppen, wie viele Prüfungstage für den Jahresabschluss 2013 angefallen sind. Dieser antwortet, dass für den Jahresabschluss etwa 20 Arbeitstage Prüfungszeit benötigt wurde, der Gesamtabschluss wird jedoch aufgrund einer erstmaligen Prüfung mehr Zeit in Anspruch nehmen. Auf Nachfrage von Herrn Hahn ist laut Herrn Koeppen die personelle Besetzung im RPA nicht ausreichend.

Zudem möchte Herr Kluckhuhn die Erkenntnisse aus dem Gesamtabschluss verdeutlicht haben. Herr Braun und Herr Hahn sehen hierbei insbesondere die Aussage über die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die entstehende Transparenz und die Vergleichbarkeit zwischen unterschiedlichen Kommunen als maßgeblich an.

Herr Schaarschmidt führt noch Informationen zum Steuerdeckungsgrad aus. Seine weiteren Fragen zu den Haushaltsjahren 2013 bis 2015 werden von Herrn Braun beantwortet. Herr Voigt lobt die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit der Vorlagen und die Arbeit der Verwaltung. Er bittet um weitere Sachstandsmitteilungen. Herr Schröder wünscht für die Jahre 2014 und 2015 eine Übersicht über das Jahresergebnis und der gegenüberstehenden Konsolidierungshilfen vom Land. Diese sind dem Ausschuss nachzureichen.

Beschluss:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

18 .	Vorläufiger Jahresabschluss 2015 Vorlage: 0372/2013/MV
------	---

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 17 beraten und zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

19 .	Aufnahme von Kassenkrediten gemäß § 95 i der Gemeindeordnung (GO) Vorlage: 0735/2013/DS
------	--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

20 .	Einführung eines Zentralen Forderungsmanagements im Fachdienst Haushalt und Finanzen (20) Vorlage: 0736/2013/DS
------	--

Der Hauptausschuss bat in seiner Sitzung vom 28.06.2016 um Beantwortung folgender Fragen im Finanzausschuss:

- Wurde die Schuldnerstruktur berücksichtigt?
- Können die Forderungen in den angenommenen Umfang tatsächlich beigetrieben werden?
- Wurden Gehaltssteigerungen berücksichtigt?
- Wäre es nicht ausreichend, eine verbindliche DA zu erlassen, um in den FDen eine einheitliche Handhabung zu erreichen?

Die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen wurde vor der Sitzung verteilt und liegt dem Protokoll bei.

Nach Aufruf der Vorlage erhält Herr Voigt das Wort. Dieser erkundigt sich bei Herrn Voß, ob die Daten aus dem Einwohnermeldeamt automatisch in das System von H&H eingespielt und alle städtischen Forderungen zentral erfasst werden. Nach Aussage von Herrn Voß wird dies nicht praktiziert, es liegen der Finanzbuchhaltung teilweise aktuellere Adressen der Schuldner vor, da nicht immer eine Ummeldung durch den Schuldner im Einwohnermeldeamt vorgenommen wird. Es erfolgt jedoch regelmäßig ein Datenabgleich zwischen MESO und Schuldnerkartei. Weiterhin führt Herr Voß aus, dass zurzeit jeder Fachdienst die Vollstreckungsrückläufer zurückerhält. Sinn und Zweck des zentralen Forderungsmanagements ist die Zentralisierung der Forderungsverwaltung und der Bündelung von Arbeitsprozessen, die bis dato die Fachdienste selbst getätigt haben. Hierzu gehört u.a. die Ratenzahlungsvereinbarung. Aufgrund der zurzeit dezentralen Bearbeitung von Forderungsfällen, ist kein Gesamtüberblick der Schulden, die der Bürger bei der Stadt NMS hat, gewährleistet. Dies soll durch die Einführung des zentralen Forderungsmanagements ermöglicht werden.

Herr Voigt stellt die Frage nach der personellen Besetzung und die für die Stelle benötigten Kenntnisse. Er schlägt vor, dass man eine Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte für diesen Aufgabenbereich einstellen könnte. Nach Aussage von Herrn Voß besitzen seine Mitarbeiter in der Finanzbuchhaltung fundierte Kenntnisse in der Rechtsanwendung und besuchen regelmäßig Schulungen. Er führt weiterhin aus, dass durch die Einführung des zentralen Forderungsmanagements eine Entlastung der anderen FD erfolgt, die sich daraufhin auf ihre Kernprozesse konzentrieren können.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

21 .	Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2016 Vorlage: 0369/2013/MV
------	--

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

22 .	Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite Vorlage: 0378/2013/MV
------	---

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

23 .	Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2016 (Deckenerneuerungsmaßnahmen an Landes- und Kreisstraßen) Vorlage: 0737/2013/DS
------	--

Der Hauptausschuss bat am 28.06.2016 zur Sitzung des Bau- Planungs- und Umweltausschusses am 07.07.16 um Beantwortung der Frage, warum die Deckenerneuerung schon vor Brückenerneuerung erfolgen soll. Eine Beantwortung konnte jedoch nicht termingerecht erfolgen.

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

24 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Keine.

25 .	Mitteilungen
------	--------------

Keine.

gez. Hauke Hahn
(Ausschussvorsitzender)

Jasmin Suhr
(Protokollführerin)